

ZUR VERFASSUNGSMÄßIGKEIT DER SICHERUNGSVERWAHRUNG IN DEUTSCHLAND

Gilbert Gornig, Philipps-Universität Marburg

A. Einführung

Die Sicherungsverwahrung ist aufgrund einiger höchstrichterlicher Entscheidungen in Deutschland in den Mittelpunkt nicht nur des juristischen Interesses geraten. Freigelassene Sicherungsverwahrte stellen eine Gefahr für das Leib und Leben der Kinder dar und veranlassen die Eltern zu Protesten, die im Großen und Ganzen von den Medien und der Öffentlichkeit unterstützt werden, wird doch das Leben Unschuldiger höher gewertet als die Freiheit von unverbesserlichen Straftätern. Im Mittelpunkt der folgenden Erörterung steht das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 4. Mai 2011. Es soll zudem gezeigt werden, welchen Weg der Schwerverbrecher M. gehen musste, um in Freiheit zu gelangen.

I. Definition und Abgrenzung

Die Sicherungsverwahrung hat eine Präventivfunktion. Sie soll die Allgemeinheit vor Tätern schützen, die beispielsweise aufgrund einer psychischen Krankheit schuldunfähig sind oder die trotz Strafe vor keiner Tat zurückschrecken und aus diesem Grunde als besonders gefährlich gelten. Die Sicherungsverwahrung wird neben der Strafe angeordnet und ist größtenteils unabhängig von der Strafe und der damit verbundenen Schuld. Wird Sicherungsverwahrung angeordnet, hat der Täter auch nach dem Verbüßen seiner Freiheitsstrafe im staatlichen Gewahrsam zu bleiben.

Im Gegensatz zur Freiheitsstrafe knüpft die Sicherungsverwahrung an die Gefährlichkeit des Straftäters für die Allgemeinheit an. Diese Gefährlichkeit muss im Wege einer Prognose festgestellt werden und sich zuvor in einer besonders schweren Straftat geäußert haben.

II. Formen

Es bestehen folgende Formen der Sicherungsverwahrung:

- die zwingend anzuordnende Sicherungsverwahrung gemäß § 66 Abs. 1 StGB,
- die im Ermessen des Gerichts stehende Sicherungsverwahrung gemäß § 66 Abs. 2, 3 StGB,
- die im Urteil vorbehaltene Sicherungsverwahrung gemäß § 66a StGB und § 106 Abs. 3 S. 2 JGG,
- die nachträglich angeordnete Sicherungsverwahrung gemäß § 66b StGB,
- die nachträglich angeordnete Sicherungsverwahrung im Jugendstrafrecht.

III. Vollzug

Der Vollzug der Sicherungsverwahrung soll getrennt vom Vollzug einer normalen Freiheitsstrafe erfolgen (§ 140 Abs. 1 StVollzG). Um dies zu ermöglichen, können entweder eigenständige Anstalten oder abgetrennte

Abteilungen innerhalb einer Justizvollzugsanstalt eingerichtet werden. In der Praxis wird häufig die Sicherungsverwahrung wie die Strafhaft in allgemeinen Justizvollzugsanstalten vollzogen. Den Sicherungsverwahrten werden jedoch Hafterleichterungen gewährt, da für sie der Aufenthalt nicht an ihre Schuld anknüpft. Vielmehr befindet sich der Sicherungsverwahrte in Verwahrung, um die Allgemeinheit vor ihm zu schützen. Er erbringt insoweit ein Sonderopfer für die Allgemeinheit, da er durch die Strafhaft seine Strafe vor Antritt der Sicherungsverwahrung bereits vollständig verbüßt hat.

IV. Dauer

Die Unterbringung in der Sicherungsverwahrung ist grundsätzlich unbefristet. Mindestens alle zwei Jahre, beginnend mit dem ersten Tag der Unterbringung, muss geprüft werden, ob weiterhin die Gefahr besteht, dass der Täter außerhalb des Vollzugs rechtswidrige Taten begehen wird (§ 67e Abs. 1 und 2 StGB). Wird dies verneint, dann wird die weitere Vollstreckung zur Bewährung ausgesetzt und es tritt Führungsaufsicht (maximal fünf Jahre) ein.

B. Urteile

I. Entscheidungen des EGMR

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) gab am 17. Dezember 2009 im Gegensatz zum Bundesverfassungsgericht einer Individualbeschwerde wegen rückwirkender Streichung der Höchstfrist der Sicherungsverwahrung im Jahr 1998 recht und bestätigte einen Verstoß gegen Art. 5 Abs. 1 und Art. 7 Abs. 1 EMRK. Aufgrund dieser unterschiedlichen Entscheidungen kann man die Schlussfolgerung ziehen, dass das Grundgesetz Eingriffe rechtfertigt, die nach dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte als menschenrechtswidrig gelten. Maßgebend ist die Auffassung des Europäischen Gerichtshofs, dass eine Sicherungsverwahrung als „Strafe“ anzusehen sei. Der EGMR begründete diese damit, dass sie sich in ihrer Vollstreckung nur unmaßgeblich von der Haftstrafe unterscheidet. Nach dieser Argumentation ist eine nachträgliche Sicherungsverwahrung ausnahmslos menschenrechtswidrig, weil sie verhängt wird, ohne dass eine neue Straftat vom Inhaftierten begangen wurde. Am 13. Januar 2011 hat der EGMR in einer weiteren Entscheidung einstimmig beschlossen, dass auch die im Jahre 2004 eingeführte nachträgliche Sicherungsverwahrung gegen Art. 5 Abs. 1 EMRK (Recht auf Freiheit und Sicherheit) verstoße.

Als nächstes widmete sich der Gerichtshof dem gerügten Verstoß gegen Art. 7 Abs. 1 EMRK, dem „nulla poena sine lege“-Grundsatz. Zunächst stellte der EGMR fest, dass die Sicherungsverwahrung gleich der Freiheitsstrafe eine Freiheitsentziehung zur Folge habe. Diese finde, abgesehen von den verschiedenen Abteilungen, in normalen Strafvollzugsanstalten statt. Über den geringfügigen Unterschied könnten auch nicht die Erlaubnis, eigene Kleidung zu tragen, sowie die ein wenig besser ausgestatteten Zellen hinweg täuschen. Darüber hinaus hätten im Strafvollzugsgesetz nur wenige Vorschriften die

Sicherungsverwahrung zum Gegenstand. Vielmehr würden die Regelungen über die Freiheitsstrafen entsprechend angewendet. Das Verfahren sowie der Vollzug hierfür werden ebenfalls von Organen der Strafrechtspflege, dem Strafgericht und dem Vollstreckungsgericht angeordnet. Zuletzt könne, wie der Gerichtshof konstatiert, nie definitiv festgestellt werden, ob ein Täter einmal rückfällig wird oder nicht. Diese Unsicherheit führe dazu, dass man die Sicherungsverwahrung als eine der schwersten Strafen, wenn nicht gar als die schwerste Strafe, die nach dem Strafgesetzbuch beschlossen werden kann, ansehen kann. Alles in allem zeigen die obig genannten Ausführungen, dass der EGMR die Sicherungsverwahrung als Strafe i.S.d. Art. 7 EMRK ansieht. Aus diesem Grunde stellt nach Auffassung des Gerichtshofs die nachträglich angeordnete Sicherungsverwahrung eine zusätzliche Strafe aufgrund eines Gesetzes dar, welches erst nach dessen Straftat erlassen wurde. Dies verletze damit das Rückwirkungsverbot des Art. 7 Abs. 1 EMRK.

Die EMRK, die gemäß Art. 59 Abs. 2 GG innerstaatlich nur den Rang eines einfachen Bundesgesetzes einnimmt und somit keinen Verfassungsrang hat, wird zur Auslegung des deutschen Rechts herangezogen, um im Falle der Anrufung des EGMR infolge des dann vorliegenden Vorrangs des Völkerrechts nicht zur Aufhebung der nationalen Maßnahme verpflichtet zu sein. Allerdings wird dabei keine „schematische Parallelisierung“ verlangt. Auch wenn das Urteil nur inter partes-Wirkung hat, ist Deutschland gemäß Art. 46 EMRK verpflichtet, den Rechtsverstoß schnellstmöglich zu beseitigen und dies auch in Zukunft in ähnlich gelagerten Fällen zu berücksichtigen.

II. Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts

Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs im Jahr 2009 sorgte für großes Aufsehen in Deutschland, sodass augenblicklich Reaktionsbedarf bestand. Das Bundesverfassungsgericht erklärte in seinem daraufhin ergangenen Urteil vom 4. Mai 2011 die Normen über die Sicherungsverwahrung im Jugend- und Erwachsenenstrafrecht mit dem Freiheitsgrundrecht aus Art. 2 Abs. 2 S. 2 GG i. V. m. Art. 104 Abs. 1 GG aufgrund der nicht hinreichenden Gewährleistung des Abstandgebotes als unvereinbar. Dieses Gebot verlange eine deutliche Unterscheidung zwischen Freiheitsentzug im Rahmen der Sicherungsverwahrung und der Freiheitsstrafe. Laut Bundesverfassungsgericht müsste dieses Gesamtkonzept folgende Aspekte beinhalten: Das ultima ratio-Prinzip verlangt, dass die Sicherungsverwahrung als letztes Mittel angeordnet wird und dort alle Möglichkeiten genutzt werden, um die Gefährlichkeit des Täters zu verringern.

Einen Eingriff in das Freiheitsgrundrecht des Art. 2 Abs. 2 S. 2 GG i. V. m. Art 20 Abs. 3 GG stellt auch für die nachträgliche Anordnung dar. Eine fortdauernde Unterbringung oder eine nachträgliche Anordnung nur unter strikter Verhältnismäßigkeit sowie zum Schutze höchster Verfassungsgüter zulässig.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 4. Mai 2011 veränderte in Deutschland das Sanktionssystem des Strafrechts grundlegend. Im Jahr 2011 erklärte das Bundesverfassungsgericht die bisherigen Regelungen der schärfsten Sanktion des deutschen Strafrechts für verfassungswidrig. Jedoch gelten diese Vorschriften trotz der Unvereinbarkeit mit dem Grundgesetz erst einmal bis zum 31. Mai 2013 fort, um ein „rechtliches Vakuum“ zu vermeiden. Schließlich würde es sonst an einer Rechtsgrundlage für die Sicherungsverwahrung fehlen, was dazu führen würde, dass alle Sicherungsverwahrten sofort freigelassen werden müssten. Nun kämpfen Justiz und Politik für eine klare Linie mit dem Umgang von freigelassenen Sicherungsverwahrten, die als gefährlich gelten, und um eine Neuregelung, die die bisherige verworrene Rechtslage beseitigt und mit der Verfassung im Einklang steht.

C. Ausblick

Abschließend lässt sich sagen, dass das Urteil vom 4. Mai 2011 endlich ein Zeichen setzt. Der unaufhörlichen Ausweitung der Sicherungsverwahrung durch zum Teil voreilige gesetzgeberische Reaktionen ist nun ein Ende gesetzt worden. Schwierig, wenn nicht gar unmöglich ist es aber, eine gerechte Lösung zu finden, um sowohl der Freiheit der Gefangenen als auch der Sicherheit der Gesellschaft gerecht zu werden. Klar ist, dass es eine vollkommene Sicherheit mit den in einem Rechtsstaat vorhandenen Mitteln nicht geben kann. Die Sicherungsverwahrung stellt eines der heikelsten Sanktionen in Deutschland dar, da ein genaues Ende nie in Sicht ist und zudem die Unterbringung lediglich auf einer Prognose-Entscheidung beruht. Die Ängste der Bevölkerung sind berechtigt, da eine „Rund-um-die-Uhr-Überwachung“ der Freigelassenen nicht verwirklicht ist. Es muss aber jeder Mensch als Subjekt und nicht als Objekt angesehen werden und deswegen die Möglichkeit haben, sich in die Gesellschaft einzugliedern. Allerdings sind nach der Freilassung aufgrund der konventions- sowie verfassungswidrigen Normen auch die ersten Täter schon wieder rückfällig geworden. Aber rechtfertigt der Rückfall nur einer Person, der Tod nur eines Kindes, die Sicherungsverwahrung aller? Immerhin haben die Sicherungsverwahrten bereits schwere Straftaten zu verantworten! Viele Menschen würden diese Frage bejahen. Jedenfalls muss die zur Verfügung stehende Zeit genutzt werden, um Maßnahmen zur Wiedereingliederung durchzuführen. Gesteigerte Resozialisierungsarbeit könnte zu einer Steigerung der Sicherheit führen und weitere Opfer durch Rückfalltäter vermeiden. Die Bundesrepublik muss nun die Chance zu einem Neuanfang nutzen und tun, was sie imstande ist, gesetzlich zu leisten. Letztendlich können wir jedoch nur hoffen, dass sie in der kurzen Zeit ein Konzept entwickeln kann, welches Sicherheit für die Bürger bietet, aber dennoch dem Recht auf Freiheit der Sicherungsverwahrten Rechnung trägt.

К ВОПРОСУ О КОНСТИТУЦИОННОСТИ ПРЕВЕНТИВНОГО ОГРАНИЧЕНИЯ СВОБОДЫ В ГЕРМАНИИ¹.

Гилберт Горниг, Филиппс-университет г. Марбург

А. Введение

Превентивное ограничение свободы находится в Германии из-за ряда решений высших судебных инстанций не только в сфере юридических интересов. Освобожденные лица, свобода которых была превентивно ограничена, представляют опасность для здоровья и жизни детей и вызывают протесты родителей, которые поддерживаются средствами массовой информации и общественностью, но при этом жизнь невиновного ценится выше, чем свобода неисправимых преступников. В центре последующего изложения находится решение Федерального конституционного суда ФРГ от 4 мая 2011 г. Кроме того, необходимо показать, каким образом должен был поступить совершивший тяжкое преступление М., чтобы обрести свободу.

І. Определение и отграничение

Превентивное ограничение свободы обладает функцией предупреждения. Оно должно ограждать общество от преступников, которые, например, не подлежат уголовной ответственности из-за психического заболевания либо не могут быть уstraшены никаким наказанием за совершение преступления и поэтому являются особенно опасными. Превентивное ограничение свободы назначается лицу одновременно с наказанием и в значительной степени не зависит от наказания и связанной с ним виновностью. При назначении превентивного ограничения свободы преступник остается в заключении даже после отбытия наказания в виде лишения свободы.

В противовес лишению свободы превентивное ограничение свободы исходит из опасности преступника для общества. Эта опасность должна быть определена путем прогнозирования и выразаться в совершении особо тяжкого преступления.

ІІ. Формы

Существуют следующие формы превентивного ограничения свободы:

- обязательное назначение превентивного ограничения свободы в соответствии с абз. 1 § 66 УК,
- превентивное ограничение свободы, зависящее от усмотрения суда, в соответствии с абз. 2, 3 § 66 УК,
- оговоренное в приговоре превентивное ограничение свободы в соответствии с § 66а УК и предложением вторым абз. 3 § 106 Закона о ювенальной юстиции,

¹ Перевод к.ю.н., доцент В. И. Самарин

– последующее назначение превентивного ограничения свободы в соответствии с § 66b УК,

– последующее назначение превентивного ограничения свободы уголовным судом для несовершеннолетних.

III. Исполнение

Исполнение превентивного ограничения свободы должно происходить отдельно от отбытия нормального лишения свободы (абз. 1 § 140 Закона об исполнении наказания). Чтобы сделать это возможным, могут создаваться либо самостоятельные учреждения, либо отделения в исправительных учреждениях. На практике зачастую превентивное ограничение свободы, как и лишение свободы, отбывают в общем исправительном учреждении. Тем не менее лицам, свобода которых превентивно ограничена, гарантируется смягчение режима при нахождении в таком учреждении, так как их пребывание в нем уже не связано с их виновностью. Напротив, данное лицо содержится под охраной для того, чтобы оградить общество от него. Тем самым он представляет собой особую жертву перед обществом, так как он в процессе отбытия лишения свободы уже полностью отбыл свое наказание до применения превентивного ограничения свободы.

IV. Срок

Применение превентивного ограничения свободы сроком, как правило, не ограничено. Не реже одного раза в два года, начиная с первого дня применения, должно проверяться, наличествует ли и далее угроза, что преступник за пределами исправительного учреждения будет совершать противоправные деяния (абз. 1 и 2 § 67e УК). В случае отсутствия такой угрозы дальнейшее отбывание заменяется пробацией и устанавливается надзор за поведением осужденного (максимально на 5 лет).

V. Решения судебных органов

I. Решения ЕСПЧ

В отличие от Федерального конституционного суда ФРГ Европейский суд по правам человека (ЕСПЧ) 17 декабря 2009 г. удовлетворил индивидуальную жалобу на имеющую обратную силу отмену предельного срока превентивного ограничения свободы в 1998 г. и подтвердил нарушение абз. 1 ст. 5 абз. 1 ст. 7 ЕКПЧ. На основе различных решений можно сделать вывод, что Конституция ФРГ оправдывает меры, которые Европейский суд по правам человека считает нарушающими права человека. Определяющим является понимание Европейским судом превентивного ограничения свободы в качестве «наказания». ЕСПЧ обосновал свою позицию тем, что его отбывание в незначительной степени отличается от лишения свободы. В соответствии с данным обоснованием последующее превентивное ограничение свободы нарушает без каких-

либо исключений права человека, так как оно приводится в исполнения без совершения осужденным нового преступления.

В другом своем решении от 13 января 2011 г. ЕСПЧ единогласно постановил, что примененные в 2004 г. последующие превентивные ограничения свободы также являются нарушением абз. 1 ст. 5 ЕКПЧ (право на неприкосновенность личности).

Далее суд уделил внимание указанному в жалобе нарушению абз. 1 ст. 7 ЕКПЧ, т. е. принципу «*nulla poena sine lege*». Прежде всего ЕСПЧ установил, что превентивное ограничение свободы как и наказание в виде лишения свободы имеет своим следствием содержание под стражей. Оно осуществляется, несмотря на отдельное отделение, в обычном уголовном исправительном учреждении. Не должна вводить в заблуждение и незначительная разница: разрешение носить собственную одежду, а также немного лучше оборудованные камеры. Кроме того, немногие нормы Закона об исполнении наказания имеют своим предметом превентивное ограничение свободы. Более того, применялись соответствующие предписания о лишении свободы. Процесс и исполнение осуществляются также органами уголовной юстиции (уголовным судом и судом по вопросам исполнения наказаний). Наконец невозможно, как констатировал суд, никогда определенно установить совершит ли преступник повторно преступление или нет. Эта неопределенность приводит к тому, что можно рассматривать превентивное ограничение свободы в качестве одного из суровых наказаний, если не самого сурового, которое может быть применено в соответствии с Уголовным кодексом. В целом, выше упомянутые аргументы показывают, что ЕСПЧ рассматривает превентивное ограничение свободы в качестве наказания в смысле ст. 7 ЕКПЧ. По этой причине, по мнению суда, последующее назначение превентивного ограничения свободы представляет собой дополнительное наказание в соответствии с законом, который был принят уже после совершения преступления. Это противоречит запрету обратного действия закона, содержащегося в абз. 1 ст. 7 ЕКПЧ.

ЕКПЧ, которая в соответствии с абз. 2 ст. 59 Конституции ФРГ в иерархии национального законодательства занимает уровень простого федерального закона и в соответствии с этим не находится на уровне Основного закона, используется для толкования немецкого права, чтобы в случае обращения в ЕСПЧ в связи с наличием в таком случае примата международного права не вести к необходимости ликвидации национальных мер. Тем не менее в этом случае не требуется «схематическая корреляция». Даже если решение имеет силу лишь *inter partes*, Германия согласно ст. 46 ЕКПЧ обязана устранить нарушение права в кратчайшие сроки и учесть это в будущем в подобных случаях.

II. Решение Федерального конституционного суда ФРГ

Решение Европейского суда 2009 г. вызвало большие дискуссии в Германии, поэтому возникла необходимость в безотлагательной реакции. Федеральный конституционный суд признал в связи с этим в своем решении от 4 мая 2011 г. несогласованными нормы о превентивном ограничении свободы в уголовном праве для несовершеннолетних и совершеннолетних с правом на неприкосновенность личности (предложение второе абз. 2 ст. 2 Конституции в связи с абз. 1 ст. 104 Конституции) из-за недостаточной гарантии разграничения (*Abstandgebot*²). Такое предписание требует четкое разграничение между превентивным ограничением свободы и наказанием в виде лишения свободы. Согласно Федеральному конституционному суду данная концепция должна включать следующие аспекты: принцип *ultima ratio* требует, чтобы превентивное ограничение свободы применялось как самое последнее средство и при этом использовались все возможности для уменьшения опасности преступника.

Нарушение права на неприкосновенность личности (предложение второе абз. 2 ст. 2 Конституции в связи с абз. 3 ст. 20 Конституции) представляет собой также последующее назначение. Продолжительное содержание под стражей или последующее назначение допускаются только при строгой соразмерности, а также для защиты лучших конституционных ценностей.

Решение Федерального конституционного суда от 4 мая 2011 г. коренным образом изменило систему санкций в уголовном праве Германии. В 2011 г. Федеральный конституционный суд признал существовавшие правила строгих наказаний в немецком уголовном праве неконституционными. Однако, несмотря на несогласованность с Основным законом, данные предписания применяются до 31 мая 2013 г., чтобы избежать «правового вакуума». В конечном счете, в противном случае пришлось бы из-за отсутствия правового основания для превентивного ограничения свободы освободить всех лиц, к которым применяется данная мера. В настоящий момент система юстиции борется с политиками за четкую линию поведения в отношении освобожденных лиц, свобода которых ограничена и которые являются опасными, а также за новые правила, которые устранят существующую неясную правовую ситуацию и будут соответствовать Конституции.

С. Заключение

В заключении следует отметить, что решение от 4 мая 2011 г. оставит свой след. Беспреостанное расширение превентивного ограничения свободы частично посредством поспешных законодательных реакций закончится.

² *Abstandgebot* (дословно – «разграничительное предписание») термин, созданный Федеральным конституционным судом ФРГ и применяемый в отношении четкого разграничения ограничения свободы в качестве превентивной меры и лишения свободы как уголовного наказания (*неп.*).

Трудно, если вообще возможно найти справедливое решение, чтобы соотносить свободу осужденного и безопасность общества. Понятно, что полной безопасности не может быть обеспечено средствами, имеющимися в правовом государстве. Превентивное ограничение свободы является самой деликатной санкцией в Германии, так как ее точного окончания нельзя предвидеть и, кроме того, содержание под стражей основывается исключительно на прогнозном решении. Опасение населения обоснованно, так как «круглосуточное наблюдение» освобожденного не может быть реализовано. Однако человек должен рассматриваться как субъект, а не объект и, следовательно, он должен иметь возможность интегрироваться в общество. Хотя отпущенные из-за признания норм не соответствующими Конвенции, а также Конституции совершили вновь преступления. Но оправдывает ли повторное совершение преступления одним лицом, убийство лишь одного ребенка применение превентивного ограничения свободы в отношении всех? Все же такие лица уже понесли наказание за особо тяжкие преступления! Многие утвердительно ответили бы на этот вопрос. В любом случае предоставленное время должно использоваться для осуществления мер реинтеграции. Увеличение работы по ресоциализации может привести к увеличению безопасности и предотвращению появления жертв повторных преступлений. Германия должна использовать шанс для нового старта и сделать то, что она в состоянии сделать на законодательном уровне. В конечном счете, мы можем лишь надеяться, что она сможет в ближайшее время разработать концепцию, которая обеспечит безопасность гражданам, а также примет в расчет право на неприкосновенность личности лиц, свобода которых превентивно ограничена.

РЕАЛИЗАЦИЯ СОЦИАЛЬНЫХ НОРМ В ПРАВОСУДИИ

В. Н. Бибило, Белорусский государственный университет

Общество устанавливает определенную модель правосудия. Судебная деятельность регулируется социальными нормами, к которым относятся правовые, моральные, религиозные, экономические, идеологические, политические, эстетические и др. Социальные нормы выполняют особое предназначение: выступают как регуляторы социализации личности, элементы общественного сознания, отображаются индивидуальным сознанием судьи и включаются в его деятельность.

Социальное регулирование правосудия означает, что суду предписывается определенный параметр поведения, т. е. задается способ выражения своего отношения к разрешаемому делу, но при этом зависящий от конкретных исторических условий, от социально-экономического состояния общества. Причем в одни эпохи намечались

лишь направления, в которых должно осуществляться правосудие, а в другие деятельность суда жестко регулировалась.

Участники правосудия выступают как «носители» тех или иных социальных норм. Принимая и реализуя определенную систему социальных норм, они оказываются включенными в особые социальные группы, условно образованные по этому нормативному признаку. Состав суда при рассмотрении конкретного дела организационно оформлен и образует свою социальную группу, в основе деятельности которой должна лежать общая нормативно-ценностная ориентация.

При выявлении социальных норм, действующих в сфере правосудия, за основу надо брать именно их положение в нормативно-ценностной иерархии. На этом основании можно выделить основные и дополнительные нормы. Следует, однако, учитывать, что ни один из этих видов не сможет обеспечить функционирования правосудия. Они выступают сообща. Ведь общественные отношения многообразны и сообразно им в обществе, государстве формируется система социальных, экономических, идеологических и политических норм, отдельные аспекты которых концентрируются в правовых нормах. Но, кроме этого, эти нормы действуют при осуществлении правосудия и без правового опосредования.

Идеологические нормы влияют на все сферы общественных отношений, общественное сознание, в целом систему социальных норм. Другое дело, что в правовом государстве происходит борьба различных идеологических настроений, в отличие от тоталитарного, где какая-то одна идеология является господствующей и находится в основе всех социальных норм. Вырабатываясь различными политическими институтами и партиями, идеологические нормы трансформируются в политические. Свойством правосудия является стремление сохранить политическую нейтральность. Но абсолютизация данного положения невозможна в силу того, что судьи при осуществлении правосудия должны подчиняться закону, который принимается законодательной властью и поэтому всегда имеет политическую окраску. Определенной гарантией реализации независимого правосудия является требование непринадлежности судей к какой-либо из политических партий. И все-таки судья не может находиться в условиях полной изоляции от общественных событий. Информация политического характера влияет на его сознание при рассмотрении конкретных дел, особенно если участниками процесса являются лидеры либо представители политических партий, высшие должностные лица государства, придерживающиеся определенной политической линии, выраженной в их деятельности. В этом смысле при осуществлении правосудия остается «свободное место» для реализации политических норм, значительная часть которых все-таки вращается в моральные и правовые.

Особенностью религиозных норм является их глубокое проникновение в нравы, обычаи, обряды, стереотип поведения и в целом определение образа жизни человека. Существенно также влияние религиозных норм на представления людей о должном, желаемом и предпочитаемом. Религиозные нормы связаны с мироощущением и мировосприятием человека. Возможно поэтому на протяжении длительного времени в истории культуры моральные кодексы формировались в рамках религиозных систем, что вызывало доверие к такой морали.

Правовые нормы являются основным, фундаментальным регулятором правосудия и занимают особое место в системе других социальных регуляторов. Право в наибольшей мере вторгается в деятельность по осуществлению правосудия, упорядочивает поведение субъектов как носителей общественных отношений. Его система самая четкая, формальная в социальном регулировании. Конечно, сами правовые нормы по степени их общности и значимости в регулятивных процессах неоднородны. Но здесь важно подчеркнуть, что их система образует каркас правосудия. Правовые нормы, закрепленные в нормативно-правовых актах, более статичны, чем динамичны. Кроме того, человеческие знания по своему содержанию никогда не совпадают полностью с реальными предметами, т. е. не могут отражать их во всей полноте. Воспроизведение общественных отношений в сфере законодательства лишь частичное. Однако такая деформация ограничена и не имеет ничего общего с отставанием правовых норм от существующей действительности в силу субъективного фактора, например нарушения правил законодательной техники, неправильного использования правовых понятий, умышленного торможения правотворческой деятельности и т. д.

Правосудие неравномерно подвергнуто правовому регулированию: те его стороны, которые оказались вне правовых норм, регулируются иными социальными нормами. При выборе же правовых норм, пригодных для регулирования правосудия, не следует преувеличивать значимость ни одного из способов правового регулирования. Соотношение их отражает лишь тенденции в развитии прав и свобод участников судебного процесса, а также статус самого суда.

В сфере правосудия особо важное место занимают этические нормы (нормы морали и нормы нравственности). Этика как наука (т. е. сфера общественного сознания) включает большой объем знаний об этих типах норм.

Моральное регулирование в сфере правосудия выполняет особую функцию: воздействует на поведение человека, его внутренние мотивы, обладает универсальностью, проникает во все сферы общественных отношений. Моральные нормы выражают типичные ситуации во взаимоотношениях людей и складываются в сфере их сознания. Они обеспечиваются общественным мнением и ориентируют на добровольное

применение в качестве внутренних побуждений к совершению определенных социальных поступков или воздержанию от них.

При комплектовании судейского корпуса надо учитывать уровень морального сознания кандидата на должность судьи. В науке должны быть выработаны соответствующие критерии, позволяющие на практике определять уровень нравственности человека. Конечно, выявить состояние морали человека представляет определенные трудности, тем более что значение имеет не столько само по себе моральное сознание индивида, сколько его реализация. Различие между судьями по степени моральности обусловлено, по крайней мере, наличием у индивида двух параметров: сферы осознаваемого (качества социализации личности) и неосознаваемого (биологического, того, что дается человеку природой, с рождения и не подлежит изменению либо может быть преобразовано в незначительной мере).

Индивидуальное моральное сознание судьи формируется, во-первых, путем усвоения норм, установок общества, являясь при этом объектом воздействия социума в целом; во-вторых, судья становится носителем моральных ориентаций в зависимости от того, насколько им усвоены нормы общественного морального сознания; в-третьих, сам судья активно развивает свое моральное сознание в процессе осуществления правосудия. В связи с тем, что все эти компоненты взаимообусловлены и действуют одновременно, возникает проблема социализации и индивидуализации морального сознания судьи. Общество социализирует судью. Судья усваивает социальные нормы, ценностные ориентации, действуя избирательно, исходя из своего индивидуального морального сознания, которое не просто воспринимает те или иные стороны общественного сознания, а реализует нормы, ставшие его убеждением.

Правосудие – это та область человеческой деятельности, где право и мораль сочетаются наиболее гармонично. Судебная деятельность едина, моральная и правовая ее стороны переплетаются между собой.

По механизму воздействия на правосудие к моральным нормам

близки эстетические, реализация которых также основана на внутреннем

рациональном и эмоциональном отношении к ним личности. Но

эстетические нормы в отличие от моральных воздействуют на поведение

субъектов еще более опосредованно. В них нет даже той определенности

требований, которая так или иначе все же присуща моральной норме.

Они воздействуют на внутренний мир человека, а значит, и на его

поведение, другими способами и прежде всего через такие эстетические феномены, как красота, стремление к прекрасному в трудовой деятельности, в общении. В то же время через эстетическое отношение преломляются проблемы общества, а навыки эстетического видения мира приобретаются людьми на основе жизненного опыта.

Социальные нормы – важнейшее средство регуляции деятельности государственных органов, общественных формирований, общества в целом. Социальные группы, вырабатывающие эти нормы, предъявляют требования, которым должна соответствовать деятельность суда, что приводит к осуществлению социального контроля и оценке поведения судей при рассмотрении ими юридических дел.